

Nebraer Anzeiger



Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal (Mittwoch und Sonnabend vorm.). Bezugspreis ins Haus gebracht und bei den Postanstalten wöchentlich 100 000 000 000.— M.

Zeitung für Stadt und Land

Anzeigen kosten pro Millimeter-Zeile auf 36 Millimeter Breite 5 Goldpfennig, im Restamteil auf 90 Millimeter Breite 15 Goldpfennig.

Schriftleitung: **Wilh. Sauer, Rossleben** — Druck, Verlag und Briefadresse: **Sauerische Buchdruckerei, Rossleben** — Postcheckkonto: Leipzig 22832

N. 95 Fernruf: Amt Rossleben 21

Mittwoch, den 28. November 1923

Depechen: Anzeiger Rossleben 36. Jahrg.

Polnische Nachrichten.

Das Kabinett Stresemann ist gefallen. Die dreitägige Redebacht im Reichstage endete am Freitag mit der Ablehnung einer von der Regierung an das Haus gestellten Vertrauensfrage. Gegen die Regierung stimmten Kommunisten, Sozialisten, Deutschnationalen, Deutschvölkische und Bayerischer Bauernbund. Reichspräsident Ebert nahm die darauf eingereichte Demission des Kabinetts an, beauftragte dasselbe aber mit der Fortführung der laufenden Geschäfte, bis eine neue Regierung gebildet sei. Nachdem durch das vielgeprüfene parlamentarische Regierungssystem in Deutschland in 5 Jahren mehr als 250 Minister a. D. vorhanden sind, ist es für den Reichspräsidenten außerordentlich schwer, noch Männer zu finden, die eine Zukunft haben, zumal das Parteiwesen bei uns zu einem Parteienwesen sich ausgebildet hat. Nach erfolgloser Fühlungnahme mit mehreren Persönlichkeiten beauftragte der Reichspräsident den früheren Reichsminister Albert mit der Regierungsbildung, der den Auftrag auch annahm und bekräftigt, ein Kabinett zu bilden, in dem auch die Sozialdemokraten wieder vertreten sein werden. Eine vollständige Ministerliste liegt noch nicht vor. Ob dieser neue Versuch, mit dem bisherigen Reichstag weiter zu arbeiten, der richtige Weg sein wird, geordnete Verhältnisse in Deutschland zu schaffen, muß die Zukunft lehren. Viel Hoffnung ist wohl nicht vorhanden.

Eine neuere Meldung aus Berlin besagt, daß es Dr. Albert nicht gelungen sei, ein Kabinett zustande zu bringen. Der Reichspräsident habe sich nunmehr an den bisherigen Innenminister **Tarres** gewandt und dieser versuche, einen Regierungsbloc aller bürgerlichen Parteien, die Deutschnationalen einbegriffen, zustande zu bringen. Seine Bemühungen haben Aussicht auf Erfolg. Die Sozialdemokraten würden mit den Kommunisten zusammen in die Opposition geraten. Wie weit diese Zusammensetzung der Reichsregierung Rückwirkungen auf Preußen haben kann, läßt sich noch nicht beurteilen.

Eine herbe englische Kritik. London, 24. Nov. Der Leitartikel der „Times“ findet die wirkliche Ursache des Falles Stresemanns in der Haltung Frankreichs. Er sei gefallen, aber nicht durch eigene Schuld, er habe sein Bestes getan, aber weder Außen noch Innen Unterstützung gefunden. Durch den Reichstag habe die Anarchie gesprochen. Tatsächlich erlebe man den Untergang des alten Deutschland. Frankreichs merkwürdiges, systematisches und kallogisches Streben näherte sich seinem Ziele. — Poincarés hiesiges Organ bringt neue heftige Angriffe auf die Außenpolitik der deutschen Regierung, welche früher oder später den Krieg mit Frankreich bedeute.

Verbot politischer Parteien. Durch zwei von General von Seect unterzeichnete Verordnungen werden für das ganze Reichsgebiet aufgelöst:

1. sämtliche Organisationen und Einrichtungen der kommunistischen Partei Deutschlands, der kommunistischen Jugend und der kommunistischen dritten Internationale;
2. sämtliche Organisationen und Einrichtungen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei.

Die Parteileitung der kommunistischen Partei erläßt auf dieses Verbot hin Verhaltensmaßregeln an die Mitglieder, in denen sie bekanntgibt, daß die Partei weiter bestehen bleibt, der Sitz des Direktoriums jedoch ins Ausland verlegt wird. Wer an der Partei zum Verräter wird oder wer sich als Spitzel in die Reihen der Partei schleicht, hat sein Leben verwirkt und verfällt der revolutionären Partijustiz.

Die Militärkontrolle, die durch General Nollet am 1. Dezember wieder aufgenommen wird, soll vor allem in Bayern in gelicht aufreizender Form ihre Tätigkeit ausüben, in der Erwartung, daß die durch Not und endlose Demütigungen zermürbte und reizbare Bevölkerung sich zu gewalttätigem Widerstand bringen lasse. Es steht fest, daß sich eine Anzahl französischer Offiziere bereit erklärte, die mit der Provokation verbundenen Gefahren auf sich zu nehmen, um so ein zweites Janina zu schaffen, wie es Frankreich als Vorwand für eine Strafexpedition wünscht. Dieser Mitteilung fügt die „Münchener Zeitung“ noch bei, daß sie vor einiger Zeit Gelegenheit hatte, mit einem sehr bekannten Großindustriellen des Rheinlandes zu sprechen, und zwar unmittelbar nach seiner Rückkehr von Paris, wo er u. a. auch eine Unterredung mit einer Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung Poincarés hatte. Damals herrschte in Paris die Befürchtung, daß in Deutschland eine nationale Diktatur errichtet werden könne. Der Vertrauensmann Poincarés erklärte nachdrücklich, daß für einen solchen Fall der französische Aufmarsch gegen Deutschland bereits fix und fertig sei und als Hauptpunkt in diesen die Besetzung von München und Berlin eingezeichnet sei.

Eine Rundgebung Hindenburgs. Hannover, 22. November. Generalfeldmarschall von Hindenburg veröffentlicht folgende Rundgebung: „Ich beklage es tief, daß deutsche, von gleicher Vaterlandsliebe besetzte Brüder sich in München feindlich gegenübergetreten sind und damit zur Freude unserer Gegner einen Riß im Volksleben geschaffen haben. Reicht euch, wie wir Alten es 1865 auch getan haben, über die Gräber der auf beiden Seiten im festen Glauben an ihr gutes Recht Gefallenen hinweg zur Versöhnung die Hand! Unser armes Vaterland bedarf in seiner größten Not doppelt der Einigkeit.“

Strafverfolgung gegen Graefe. General von Seect hat den Reichstag um Aufhebung der Immunität des deutschvölkischen Abgeordneten von Graefe ersucht. v. Graefe, dessen Rolle während des Münchener Putzches nach seiner eigenen Darstellung eine durchaus eindeutige war, soll deswegen strafrechtlich verfolgt werden.

Sachsen. Die Zeigneraffaire beschäftigt die gemüthlichen Sachsen jetzt vollauf. Die Parteifreunde Dr. Zeigners versuchen alles mögliche, die Anschuldigungen gegen ihren Genossen abzumildern, zumindest ihn als einen Verführten hinzustellen. Der Verteidiger Zeigners, Rechtsanwalt Alsbach, macht den Versuch, den Hauptbelastungszeugen Friedrich Möbbius aus Leipzig in der Weise zu diskreditieren, daß er von ihm behauptet, er sei mit Zuchthaus vorbestraft. Dieser aber widerlegt die Behauptung. Er ist im Alter von 18 Jahren wegen einer Jugendtorheit zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden und hat sich dann bis zu seinem jetzigen 43. Lebensjahre straffrei geführt.

Der Personalabbau. Der Unterausschuß des ständigen Ausschusses des preussischen Landtages setzte seine Beratungen über die Personalabbauverordnung fort. Eine grundsätzliche Bestimmung, daß 25 Prozent der Beamten abgebaut werden sollen, wurde angenommen. Ob der Grundsatz auch für die Lehrer gelten soll, ist noch nicht entschieden. Demokratische Anträge, die Angestellten vor den Beamten abzubauen und abgebaute Angestellte auf die Zahl der abzubauenen Beamten anzurechnen, wurde angenommen. Die Altersgrenze wurde, auch für Richter, auf 65 Jahre festgesetzt.

Landwirtschaft und Goldsteuern. Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in welcher sie auf die Belastung der Landwirtschaft durch die Goldsteuern und die in Preußen und in einzelnen Ländern erhobenen Grundsteuern hingewiesen wird. Die Reichsregierung wird aufgefordert, mitzuteilen, was sie zu tun gedenkt, um einer Ueberlastung der Landwirtschaft mit Steuern vorzubeugen, und ob sie bereit ist, gegen die ungehörige Steigerung der Grundsteuern in den Ländern Preußen, Anhalt und anderen einzuschreiten.

Das Ende der Landabgabe? Wie, aus dem Reichsfinanzministerium mitgeteilt wird, besteht die Absicht, die Januar- und Februarrate der Landabgabe nicht mehr zu erheben; es sollten dann neue Steuern eingeführt und die Landabgabe darin verarbeitet werden. Die Kopfsteuer ist praktisch wenigstens durch die starke Erhöhung des Multiplikators für die Steuerabzüge für diesen Monat so gut wie aufgehoben. Es scheint, daß man einsteht, daß Gewaltsteuern dieser Art nicht viel einbringen.

Wieder eine polnische Beschwerde. Die polnische Regierung hat durch Vermittelung der polnischen Gesandtschaft in Berlin beim Reichskanzler über die Mißhandlung und Blünderung von polnischen Staatsbürgern jüdischen Glaubens am 5. November in Berlin beschwert. Die polnische Regierung verlangt Schadenersatz für ihre geschädigten Bürger. Es handelt sich in diesem Falle um die jüdischen Devisenschieber, die mit ihrer gaunerischen Ausbeutung des Glend in Deutschland vermehren halfen. Wie i. Zt. berichtet, waren diese galizischen Juden bei ihrem Devisenhandel von der aufgeregten Menge etwas unsanft angefaßt worden, und zwar mit Recht.

Spaniens Teilnahme am deutschen Glend. Madrid, 26. Nov. Die „Opinion“ veröffentlicht einen Hilferuf für Deutschland; das Blatt teilt ferner mit, daß die definitive Bildung eines spanischen nationalen Hilfskomitees, Filmdarstellungen der deutschen Not und Vorträge Barbusses in Madrid bevorzugen. In der „Vida Economica“ wird ausgeführt, mit Schmerzen müsse man sehen, wie Deutschland methodisch und mittellos von Frankreich zerfleischt werde und wie das die übrigen Nationen ohne Einsprüche zuließen.

Aus der Umgegend.

Nebra, 28. November.

— **Der erste Schnee.** Winter ist's geworden, die ersten Schneeflocken wirbelten vorgestern Abend in der Luft herum, die Temperatur sank merklich herab, und während der Nacht hat sich eine dicke Schneedecke auf den Fluren gebildet. Der Winter ist also da! Möchte er doch nicht gar zu grimmig werden in anbetracht der Nöte, die unser Volk jetzt bedrücken.

— **Der Bürgerverein** hatte nach längerer Pause am Sonnabend Abend im „Weißen Roß“ eine Zusammenkunft, um über wichtige Fragen der Gegenwart zu beraten. Der Vorsitzende Herr Weitz begrüßte die Erschienenen und widmete nach Verlesung des Protokolls dem vor einiger Zeit heimgegangenen früheren langjährigen Vorsitzenden Schneidemeister Horlbeck einige anerkennende Worte. Die Anwesenden ehrten dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen. Zu der die öffentliche Aufmerksamkeit jetzt vielbeschäftigenden Angelegenheit der Erhebung des Brückenzolles erklärte der Vorsitzende, daß an der Abschaffung des den Verkehr der Nachbarorte mit der Stadt fühlbar hemmenden Brückenzolles ununterbrochen gearbeitet werde und beste Aussicht bestehe,

durch Bildung eines Zweckverbandes, zu dem die umliegenden Gemeinden und die Stadt sich zusammenschließen würden, zum Ziele zu gelangen. Durch den fortwährenden Wechsel der Bürgermeisterstellvertreter sei die Angelegenheit leider etwas vernachlässigt worden, ein Stillstand aber ist keineswegs eingetreten. — Sodann wurde die alle Gemüter erregende Grundsteuerfrage zur Debatte gestellt. Der Vorsitzende betonte, daß die gesetzlichen Vorbedingungen zur Einziehung der Steuer seitens des Magistrats noch nicht erfüllt seien. Vor allem sei laut Ausführungsbestimmungen erforderlich, daß eine Steuerliste eine bestimmte Frist öffentlich ausliege und darauf erst der Zahlungstermin bestimmt werden könne. Für die Höhe des zu zahlenden Betrages sei sodann der Kursstand der Goldmark vom 15. November maßgebend, wie vom Gesetz vorgesehen, und nicht der Stand der folgenden Tage, den viele Bürger haben zahlen müssen. Die Debatte hierüber war recht lebhaft, zudem ein Redner noch hervorhob, daß der 100prozentige Zuschlag überhaupt nicht hätte eingezogen werden dürfen, weil hierüber die Stadtverordnetenversammlung garnicht befragt worden sei. Durch dieses unzulässige Verfahren seien viele kleinere Grundstücksbesitzer in schwerste Bedrängnis gekommen und es gebiete die Pflicht, dieses Unrecht wieder gutzumachen. Auf alle Fälle müsse der von der Stadt erhobene Zuschlag schnellstens wieder zurückgezahlt werden, und zwar unter Berücksichtigung der eingerechneten Selbstentwertung. Es wurde beschlossen, daß der Vorstand in einer Eingabe an den Magistrat gegen dessen Maßnahmen protestiert und Rück-erstattung der erhobenen Grundsteuern fordere, bis alle Vorbedingungen für die rechtmäßige Erhebung erfüllt seien. — Des Weiteren wurde noch die leidige Bürgermeisterfrage gestreift. Es kam zur Kenntnis, daß die Stadtverordneten in geheimer Sitzung die Angelegenheit aufgerollt haben und daß auch der Plan aufgetaucht sei, den letzten Bürgermeister — Herrn Müller — der Einfachheit wiederzuzuwählen. Aus der Mitte der Versammlung wurde hierzu betont, daß nach allem, was vorgefallen, dieser Plan wohl keine Zustimmung finden könne; es fehlte aber auch nicht an Stimmen, die einer anderen Ansicht waren. So wurde gelagt, man möge doch erwägen, ob es nicht im Interesse der Stadt liegen könnte, einen Strich zwischen der Vergangenheit zu ziehen. Herr Müller habe zweifelsohne geschlzt, er sehe das auch ein und würde gewiß in Zukunft alle diese Fehler zu vermeiden suchen. Daß derselbe aber ein tüchtiger Verwaltungsbeamter gewesen, das zeigen all die in kurzer und dabei recht schwerer Zeit durch ihn zustande gekommenen Verbesserungen an unseren städtischen Vermögensobjekten; insbesondere wurde an die Schaffung der Schrebergärtenanlage, die Neupflasterung der Breiten Straße usw. hingewiesen. Es wurde der Meinungsaustausch in dieser Angelegenheit nicht weitergeführt und da weiteres nicht vorgebracht wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

— **Verkehrseinschränkung.** Vom 1. Dezember b. Js. ab verkehrt der Zug 677, Naumburg ab 7,11 nachm., Laucha an 7,41 nachm., nur noch Werktags.

— **Wichtig für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene.** Die Versorgungsberechtigten haben bis 30. 11. 23. dem Versorgungsamt eine Anzeige über ihr Einkommen im Oktober 1923 zu erstatten. Versorgungsberechtigte, die die Anzeige nicht einreichen, setzen sich dem Verlust ihrer Versorgungsgebührrnisse aus. Näheres ist ersichtlich aus der bei den Wohlfahrtsämtern, Polizeiverwaltungen und den Amtsvorstehern ausgehängten Bekanntmachung des Versorgungsamtes.

Großstecht. Ein Unglücksfall, der mit Recht als tragisch bezeichnet werden darf, hat sich am frühen Morgen des Totensonntags auf der Straße von Schmon nach Duerfurt zuge- tragen. Der Landwirt Großmann von hier fuhr früh 1/2 Uhr mit Geschir nach Duerfurt, um einen Arzt zu seiner der Niederkunft entgegengehenden Frau zu holen. Um 4 Uhr früh fand der die Straße im Auto passierende Kaufmann Niedel den Großmann an der Feldscheune der Schmoner Straße ganz erstarrt im Graben liegen, das Pferd mit dem Wagen stand davor. Letzteres hatte jedenfalls sich vor dem dort stehenden Dampfflug geschaut und Großmann ist aus dem Wagen ge-

schleudert worden, seine Hilferufe aber sind ungehört verhallt. Herr Kiedel brachte den Verunglückten sogleich nach Quersfurt, er verstarb aber dort trotz sofortiger ärztlicher Hilfe gegen 6 Uhr früh. Um dieselbe Zeit schenkte seine Frau in Großstedt einem Söhnchen das Leben. Das Schicksal der Familie findet allgemeine Teilnahme.

Jena, 24. November. In einer der Großsch benachbarten Fluren war dieser Tage Hasenjagd. Während des Jagens sahen die Jäger, daß ein nicht zur Treiberkolonne gehörender Schußjunge einen gefallenen Hasen aufhob und damit abrückte. Sofort verfolgte man den Spitzbuben, der aber schneller davon lief, als die Jäger ihm folgen konnten. Da sahen diese einen Rabler entgegenkommen, dem man zurief: „Nehmen Sie mal dem Jungen den Hasen weg!“ Prompt erledigte der Rabler den Auftrag, nahm dem Jungen den gemopften Hasen weg und sauste mit der unerwarteten Jagdbemte beschleunigten Tempos davon.

Jena, 24. Nov. Erschossen hat sich gestern morgen gegen 3 Uhr der Posten vor dem alten Exerzierhause, das gegenwärtig dem hier anwesenden Militär als Magazin dient. Den pflichttreuen 22-jährigen Soldaten hat vermutlich Liebesgram zu der Tat veranlaßt.

Halle a. S. Die hiesige Straßenbahn steht vor ihrem Ende. Die Verwaltung arbeitet z. Bt. mit einem täglichen Fehlbetrag von 900 Millionen, der sich jedoch noch wesentlich erhöhen dürfte. Die Ziffer der Fahrgäste von 84 000 in Friedenszeiten ist auf etwa 14 000 täglich zurückgegangen. Die Verwaltung geht mit dem Plane um, dem gesamten Personal zu kündigen, um in ca. 14 Tagen dann das ganze Unternehmen still zu legen, mit Ausnahme der Linie 7, die sich als die beste bewährt hat. Vom Montag ab betragen die Fahrpreise 15 bzw. 20 Golbpfeilige.

Leipzig. Das weltbekannte Kristallpalast-Unternehmen in Leipzig sieht sich gezwungen, seine gesamten Räumlichkeiten anderen Zwecken zur Verfügung zu stellen. Zur nächsten Frühjahrsmesse hofft man, in den riesigen Hallen und Sälen, den langgestreckten Wandelgängen und vielen Büro- und Ausstellungsräumen wieder einige Zweige der etwas auseinandergerissenen Messen in einem neuen Zentrum zu vereinigen.

Auma. Der Landwirt Hempel steckte das Anwesen seines Sohnes in Brand. Er rief zum Fenster heraus, daß es auf dem Boden brenne und machte seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Das Anwesen brannte mit allen Getreidevorräten nieder. Die Leiche Hempels wurde verlohnt unter den Trümmern gefunden.

*** Bei einem Großfeuer 137 Kinder verbrannt.** Auf dem zum Gute Bohlthamp gehörenden Pacht Hofe des Hospächters Bruhn in Neuenrade bei Neumünster brach nachts ein großes Feuer aus, dem 137 Kinder und eine Anzahl Maulesel zum Opfer fielen. Auch sonst ist der durch den Brand angerichtete Schaden bedeutend. Man vermutet Brandstiftung.

Das Wiedererwachen des kirchlichen Lebens.

Ueber dieses Thema schreiben die „Leipz. Neueste Nachr.“: Mit Ausbruch der Revolution setzte in Deutschland, besonders aber in Sachsen und Thüringen, ein Wühlen und Heben gegen die Kirche ein, das sich in der nachfolgenden, alles umstürzenden Zeit immer stärker bemerkbar machte und schließlich darin gipfelte, daß von sozialistischer und kommunistischer Seite der Austritt aus der Kirche propagiert wurde. Das Parteiprogramm wurde für alleinseligmachend gepriesen und als die Religion des Volkes hochgehalten.

Die Zeiten haben sich auch in dieser Hinsicht gewaltig geändert. Not lehrte bekanntlich beten und alle Anfeindungen der Kirche haben es nicht zu verhindern gemocht, daß die Beteiligung am kirchlichen Leben wieder gewachsen ist. Ueberall ist ein großer Aufschwung des Kirchenbesuchs zu verzeichnen, das religiöse Interesse beginnt wieder wach zu werden, und die dichtbesetzten Kirchen am letzten Bußtag haben deutlich gezeigt, daß in weitesten Schichten der Bevölkerung das Verlangen nach Gotteswort sich wieder regt. Die heutige Zeit mit ihren tausend Nöten, wirtschaftlichen Sorgen und sonstigen Uebeln, die das menschliche

Gemüt bedrücken und belasten, drängt geradezu die Menschen an eine Stätte, an der sie eine Stunde der Erbauung haben, seelisch geträufelt und von all den Widerwärtigkeiten des Alltags losgerissen werden; an die kirchliche Stätte, von der sie einen frohen Hoffnungsschimmer für die Zukunft in ihr Inneres aufnehmen und im Glauben davon zehren können! Wir sind mit Versprechungen gemästet worden in Hülle und Fülle. Friede, Freiheit, Brot sollte uns die Revolution bringen, und keines davon ist erfüllt. Glender denn je liegt das Volk am Boden, und nun kehrt es verzweifelt zurück an den Ort, wo Trost und Hoffnung ihm gesendet wird: in die Kirche. Obwohl die gottesdienstlichen Stätten unter dem Mangel an Feuerungsmaterial zu leiden haben und manche beliebte Veranstaltungen, wie z. B. Abendgottesdienste wegen der hohen Beleuchtungskosten eingeschränkt werden mußten, ist in den Gotteshäusern allsonntäglich ein stärkerer Besuch zu verzeichnen.

Die Kirchenaustrittsbewegung ist mächtig zusammengebrochen. Das muß selbst in den Kreisen zugegeben werden, die sich früher für diese Bewegung lebhaft einsetzten. Der frühere württembergische Kultusminister, der Sozialist Heymann, hat die Kirchenaustritts- und Freidenkerbewegung als ein absolutes Fiasko bezeichnet. Und sein Freund, der bisherige Reichsinnenminister Sollmann, bestätigt das Fiasko, wenn er vor wenigen Wochen in einer Ansprache an die Jugend betonte: „Ich glaube, daß Deutschland aus seiner Not nur gerettet werden kann, wenn seine größten Geistesmächte, Christentum und Sozialismus, ein gewaltiges Stück Wegs zusammengehen.“ Das ist ein ganz anderer Ton, als ihn August Bebel anschlug: „Christentum und Sozialismus stehen sich wie Feuer und Wasser entgegen. Auf dem Gebiete, welches man das religiöse nennt, erstreben wir den Atheismus.“ Man erkennt heute, daß die „Massen“ nicht von der Kirche abzubringen sind und deshalb lenkt man lieber Zeiten ein. In Leipzig haben die Austritte aus der Kirche bedeutend nachgelassen, während die Wiedereintritte ständig zunehmen. Vielen Ausgetretenen ist erst später klar geworden, welche Folgen ein Kirchenaustritt nach sich zieht: Erschwerung der kirchlichen Taufe und Konfirmation, ja selbst Ausschluß von kirchlicher Trauung und Beerbigung. In vielen Fällen sind die Hinterbliebenen eines aus der Kirche Ausgetretenen untröstlich, wenn die Kirche ihre Mitwirkung beim Begräbnis des Abtrünnigen versagt und sie sehen alle Hebel in Bewegung, dem Verstorbenen doch ein kirchliches Begräbnis zuteil werden zu lassen. Leider sind diese Bemühungen erfolglos, da den Pfarrern verboten ist, ein solches Begräbnis abzuhalten. Die Frage des Kirchenaustritts hat in Familien sehr oft zu schweren Auseinandersetzungen geführt und man hat es deshalb im Gesetz über die religiöse Kindererziehung für erforderlich gehalten zu bestimmen, daß Kinder nur mit Einwilligung des Vaters und der Mutter aus der Kirche oder dem Religionsunterricht genommen werden können.

Die Kirchensteuern freilich haben in der letzten Zeit wieder viel Geschrei gegen die Kirche veranlaßt. Aber sie sind — wie alle Steuern — von jedem, der Interesse für seine Kirche hat, pünktlich bezahlt worden, nachdem das Einsehen gekommen war, daß die Kirchensteuern wirklich nicht zu hoch waren. Die Kirche in Sachsen hat bekanntlich mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen und es ist längst kein Geheimnis mehr, daß neun Zehntel aller Leipziger Pastoren sich einen Nebenverdienst suchen mußten, um sich das tägliche Brot zu verdienen. Das Instandhalten der Kirchengebäude, der Geräte, der Glocken und Orgeln, sowie die Bezahlung der Angestellten verschlingt große Summen, die von der Gemeinde, soll die Kirche bestehen, eben beschafft werden müssen. Die Aufrechterhaltung der gutbesuchten gottesdienstlichen Veranstaltungen und Einrichtungen wie Kinder-gottesdienste, Konfirmanden- und Bibelstunden, Gemeinde- und Familienabende, Seelsorgerbesuche, Krankenpflege u. a. m. ist ebenfalls mit Unkosten verknüpft, so daß durch die Kirchensteuern bei weitem nicht alle Aufwendungen getragen werden.

Notwendiger denn je ist heute die Erhaltung der Kirche. Deutschtum und Christentum gehören untrennbar zusammen. Gerade unser Volk braucht die sittlich erneuernde Kraft des Christentums in diesen traurigen Zeiten. Darum ist Verständnis und auch Unterstützung erforderlich für die Arbeit der größten Organisation kirchlichen Lebens, der Kirche.

*** Kochsalz als Brandwundenmittel.** Da dieses Speisegewürz immer zur Hand ist, sollte es sofort zur Anwendung kommen, wenn die Haut durch Berührung mit heißem Eisen oder mit Dampf verlegt ist. Die Anwendung ist sehr einfach. Man besenktet einfach die verbrannte Stelle mit etwas Wasser und bedeckt sie dicht mit feinstoßbarem Salz, worauf der Schmerz sehr bald verschwindet und jede Blasenbildung verhütet wird. Man hüte sich aber, dieses Hausmittel anzuwenden, sobald durch die Verbrennung bereits eine offene Wunde entstanden ist.

Wie lange zählt man an einer Billion?

Angeichts der Tatsache, daß heute schon die Kinder auf der Straße mit Billionen um sich werfen, mag eine Betrachtung darüber recht unterhaltend und auch nützlich sein, was ist denn eine Billion. Ein brauer Handwerksmeister, der in Gold seine Rechnung stellt und den Goldmark-Multiplikator täglich handhabt, als wenn er sein Lebtag nichts anderes getan hätte, fragt mich schon „Was kommt denn nach der Billion?“ „Nach der Billion kommt das Glend und Unglück in seiner kraffttesten Form,“ erwiderte ich dem Braven, die Billion ist schon etwas, was vom Durchschnittsgeiste schon nicht mehr erfaßt werden kann, sie ist schon ein Brückenpfeiler aus der Zeitlichkeit in die Ewigkeit. — Meinem Kutscher übergab ich heute seinen Tarifwochenlohn in Gestalt einer ganzen Anzahl von Billionen und fragte ihn: „Nun, wie lange würden Sie wohl nachzählen, wenn ich Ihnen diesen Lohn in Ein-Markstücken auszahle?“ „Nun,“ meinte der Brabe, „eine Woche schicke wohl nicht.“ Und mein Junge, der mir 1,2 Billionen Mark Schulgeld für die zweite Novemberhälfte abknöpfte, beantwortete die Frage, wie lange wohl daran zu zählen sei, wenn die Summe in Einmarkscheinen gegeben würde,

zunächst dahin: „Wenn er das so brächte, würde er voreinst hinausgeworfen,“ und bezüglich der Zeitspanne, die vergehen würde, bis eine solche Summe gezählt sei: „Nun, darüber würde ich wohl das Abiturientenzeugnis bekommen.“ Nun, wie lange Zeit vergeht wohl, bis obige Summen in Einmark gezählt sein würden? Angenommen, eine Person würde normal 120 Ein-Markscheine in einer Minute zählen, so würde er in

1 Stunde = 60 Min	7 200 zählen
1 Tag = 24 Stunden	172 300 „
1 Jahr = 365 Tage	63 072 000 „
100 Jahren =	6 307 200 000 „
10 000 Jahren =	630 720 000 000 „

Um eine Summe von oben genannten Zahlen in Ein-Markscheinen nachzuzählen, also für Schulgeld für 14 Tage, müßte eine Person über 19 000 Jahre zählen, Tag und Nacht zählen, sie dürfte weder essen noch trinken, noch ruhen, zählen, immer zählen, Werktag wie Sonntag und Feiertag, Tag und Nacht ununterbrochen, in immer gleichem Tempo, und mein Kutscher, der meinte, eine Woche schicke wohl nicht, um seinen Lohn in Ein-Mark-Scheinen nachzuzählen, würde eine Zeitspanne brauchen, die bisher nur bei der Berechnung der Entfernung von entfernt im Weltall umherrafenden Fixsternen bei astronomischen Berechnungen gekannt wurde.

Wahnsinn,“ sagt der noch normale Mensch, aber es muß sich jeder hüten, daß der Zahlenwahnsinn ihn nicht noch umkrallt und erwürgt.

„Wert das Scheusal in die Wolfsjuchst!“ — das uns so gierig umkrallt und unser Blut ausaugt; das sei die gemeinsame Lösung, je eher, desto besser.

Dollarstand am 27. Novbr.: 4 200 000 000 000 M.

Bestellungen auf Fachkalender für alle Berufszweige

nimmt jederzeit entgegen
Buchhandlung Wilh. Sauer.

Bekanntmachung.

Infolge Erhöhung der Reichsindexziffer auf 831 000 000 000 sind auf die bisher bestehenden Lohnstufen weitere 3 Stufen aufgebaut, die mit dem 26. November 1923 in Kraft treten:

Lohnstufe	Höhe des täglichen Arbeitsverdienstes (Barlohn und Sachbezüge)	Grundlohn	Wochenbeitrag	Tägliches		Sterbegeld
				Krankengeld	Hausgeld	
29	2 400 bis 3 300	2 900	2 040	1 450	720	58 000
30	3 300 „ 4 500	3 900	2 730	1 950	970	78 000
31	über 4 500	5 300	3 720	2 650	1 320	106 000

Die Zahlen verstehen sich in Milliarden Mark.

Quersfurt, den 24. November 1923.

Landkrankenkasse des Kreises Quersfurt in Quersfurt.

Bekanntmachung.

Infolge Erhöhung der Reichsindexziffer auf 831 000 000 000 sind auf die bisher bestehenden Lohnstufen weitere 3 Stufen aufgebaut, die mit dem 26. November 1923 in Kraft treten:

Lohnstufe	Höhe des täglichen Arbeitsverdienstes (Barlohn und Sachbezüge)	Grundlohn	Wochenbeitrag	Tägliches		Sterbegeld
				Krankengeld	Hausgeld	
29	2 400 bis 3 300	2 900	1 800	2 040	1 020	87 000
30	3 300 „ 4 500	3 900	2 460	2 730	1 360	117 000
31	über 4 500	5 300	3 330	3 720	1 860	159 000

Quersfurt, den 24. November 1923.

Allgem. Ortskrankenkasse des Kreises Quersfurt in Quersfurt.

Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte 1923 in Geltung gemessenen Ermäßigungsätze beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, beträgt für die Zeit vom 25. November bis 1. Dezember d. Jrs. 700 000.

Quersfurt, 24. Nov. 1923.

Finanzamt.

Wir kaufen ständig zu guten Preisen gegen Kasse jeden Posten

Rundholz in Stämmen u. Rollen

Eiche, Buche, Erle, Birke, Linde, Pappel, Kiefer, Fichte usw.

Thüringer Holzwerke, Roßleben

Am Bahnhof. Fernsprecher 63.

VISITKARTEN

LIEFERT SCHNELL
UND PREISWERT

BUCHDRUCKEREI W. SAUER.

Der Bezugspreis des „Nebräer Anzeiger“ für die laufende Woche beträgt 100 Milliarden Mark.

Insrieren bringt Gewinn!

Nebraer Anzeiger



Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal (Mittwoch und Sonnabend vorm.). Bezugspreis ins Haus gebracht und bei den Postanstalten wöchentlich 100 000 000 000.— M.

Zeitung für Stadt und Land

Anzeigen kosten pro Millimeter-Zeile auf 36 Millimeter Breite 5 Goldpfennig, im Restameteil auf 90 Millimeter Breite 15 Goldpfennig.

Schriftleitung: **Wilh. Sauer, Rossleben** —

Geschäftsstelle in Nebra: **Frau Kaufm. Meitz, Markt 34/35**

Druck, Verlag und Briefadresse: **Sauerische Buchdruckerei, Rossleben** — Postcheckkonto: **Leipzig 22832**

N. 95 Fernruf: Amt Rossleben 21

Mittwoch, den 28. November 1923

Depeschen: Anzeiger Rossleben 36. Jahrg.

Polnische Nachrichten.

Das Kabinett Stresemann ist gefallen. Die dreitägige Redebacht im Reichstage endete am Freitag mit der Ablehnung einer von der Regierung an das Haus gestellten Vertrauensfrage. Gegen die Regierung stimmten Kommunisten, Sozialisten, Deutschnationalen, Deutschvölkische und Bayerischer Bauernbund. Reichspräsident Ebert nahm die darauf eingereichte Demission des Kabinetts an, beauftragte dasselbe aber mit der Fortführung der laufenden Geschäfte, bis eine neue Regierung gebildet sei. Nachdem durch das vielgeprüfene parlamentarische Regierungssystem in Deutschland in 5 Jahren mehr als 250 Minister a. D. vorhanden sind, ist es für den Reichspräsidenten außerordentlich schwer, noch Männer zu finden, die eine Zukunft haben, zumal das Parteiwesen bei uns zu einem Parteienwesen sich ausgebildet hat. Nach erfolgloser Fühlungnahme mit mehreren Persönlichkeiten beauftragte der Reichspräsident den früheren Reichsminister Albert mit der Regierungsbildung, der den Auftrag auch annahm und beabsichtigt ist, ein Kabinett zu bilden, in dem auch die Sozialdemokraten wieder vertreten sein werden. Eine vollständige Ministerliste liegt noch nicht vor. Ob dieser neue Versuch, mit dem bisherigen Reichstage weiter zu arbeiten, der richtige Weg sein wird, geordnete Verhältnisse in Deutschland zu schaffen, muß die Zukunft lehren. Viel Hoffnung ist wohl nicht vorhanden.

Eine neuere Meldung aus Berlin besagt, daß es Dr. Albert nicht gelungen sei, ein Kabinett zustande zu bringen. Der Reichspräsident habe sich nunmehr an den bisherigen Innenminister Tarek gewandt und dieser versuche, einen Regierungsbloc aller bürgerlichen Parteien, die Deutschnationalen einbegriffen, zustande zu bringen. Seine Bemühungen haben Aussicht auf Erfolg. Die Sozialdemokraten würden mit den Kommunisten zusammen in die Opposition geraten. Wie weit diese Zusammensetzung der Reichsregierung Rückwirkungen auf Preußen haben kann, läßt sich noch nicht beurteilen.

Eine herbe englische Kritik. London, 24. Nov. Der Leitartikel der „Times“ findet die wirkliche Ursache des Falles Stresemanns in der Haltung Frankreichs. Er sei gefallen, aber nicht durch eigene Schuld, er habe sein Bestes getan, aber weder Außen noch Innen Unterstützung gefunden. Durch den Reichstag habe die Anarchie gesprochen. Tatsächlich erlebe man den Untergang des alten Deutschland. Frankreichs merkwürdiges, systematisches und kalklogisches Streben näherte sich seinem Ziele. — Poincarés hiesiges Organ bringt neue heftige Angriffe auf die Außenpolitik der deutschen Regierung, welche früher oder später den Krieg mit Frankreich bedeute.

Verbot politischer Parteien. Durch zwei von General von Seckt unterzeichnete Verordnungen werden für das ganze Reichsgebiet aufgelöst:

1. sämtliche Organisationen und Einrichtungen der kommunistischen Partei Deutschlands, der kommunistischen Jugend und der kommunistischen dritten Internationale;
2. sämtliche Organisationen und Einrichtungen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei.



Freunde unserer Gegner einen Mann im Volksleben geschaffen haben. Reicht euch, wie wir Alten es 1865 auch getan haben, über die Gräber der auf beiden Seiten im festen Glauben an ihr gutes Recht Gefallenen hinweg zur Versöhnung die Hand! Unser armes Vaterland bedarf in seiner größten Not doppelt der Einigkeit.

Strafverfolgung gegen Graefe. General von Seckt hat den Reichstag um Aufhebung der Immunität des deutschvölkischen Abgeordneten von Graefe ersucht. v. Graefe, dessen Rolle während des Münchener Putsch nach seiner eigenen Darstellung eine durchaus eindeutige war, soll deswegen strafrechtlich verfolgt werden.

Sachsen. Die Zeigneraffaire beschäftigt die gemüthlichen Sachsen jetzt vollauf. Die Parteifreunde Dr. Zeigners versuchen alles mögliche, die Anschuldigungen gegen ihren Genossen abzumildern, zumindest ihn als einen Verführten hinzustellen. Der Verteidiger Zeigners, Rechtsanwalt Alsborg, macht den Versuch, den Hauptbelastungszeugen Friedrich Möbbius aus Leipzig in der Weise zu diskreditieren, daß er von ihm behauptet, er sei mit Zuchthaus vorbestraft. Dieser aber widerlegt die Behauptung. Er ist im Alter von 18 Jahren wegen einer Jugendtorheit zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden und hat sich dann bis zu seinem jetzigen 43. Lebensjahre straffrei geführt.